

The logo for the German Trade Union Confederation (DGB) is located in the top right corner. It consists of the letters 'DGB' in a bold, white, sans-serif font, set against a red parallelogram background.

Perspektiven 2010

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

die **würde des menschen** ist unser maßstab



Perspektiven 2010

„die würde des menschen ist unser maßstab“

Januar 2006

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Dreyerstrasse 6,

30169 Hannover

Telefon: 0511-12601-20/21

Fax: 0511-12601-35

www.niedersachsen.dgb.de

Perspektiven 2010

„die wurde des menschen ist unser maßstab“

Inhalt

...Fur die Menschen...	4
...Wirtschaft entwickeln!	5
...Wohlstand gerecht verteilen!	9
...Einkommen garantieren!	11
...Beruf und Familie vereinbaren!	14
...Sozialsysteme sichern!	16
...Bildung als Zukunftsinvestition begreifen	19
...gute Ausbildung sichern!	22
...zusammen arbeiten, zusammen leben!	24
...nachhaltige Zukunft sichern!	26
...ein soziales Europa entwickeln!	28

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Für die Menschen...

Die soziale Schieflage in Deutschland verschärft sich – und das, obwohl wir in einem reichen Land leben, das zu den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt gehört. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Fast fünf Millionen Menschen sind arbeitslos. Mehr als sieben Millionen Menschen arbeiten für weniger als 75 Prozent des Durchschnittseinkommens. Internationale Verflechtungen in der globalisierten Wirtschaft verändern die Arbeitsbeziehungen und erhöhen den Konkurrenzdruck auf Unternehmen, mit gravierenden Folgen für die Beschäftigten. Prekäre Arbeitsverhältnisse und gebrochene Erwerbsbiografien nehmen zu. Zudem befindet sich unsere Gesellschaft in einem demographischen Wandel.

Wir als Deutscher Gewerkschaftsbund in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt setzen uns für den demokratischen und sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft ein. Dazu gehört für uns in erster Linie Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, die natürlichen Grundlagen für unsere Existenz zu sichern und dafür zu sorgen, dass zukünftige Generationen in einer sicheren und friedlichen Welt leben können. Wir wollen, dass unsere Gesellschaft durch solidarisches Handeln geprägt wird. Auch deshalb arbeiten wir gemeinsam an einer Kampagne gegen rechte und fremdenfeindliche Gruppierungen in unseren Ländern. Im Mittelpunkt der Politik in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt müssen die Menschen, ihre Bedürfnisse und ihre Potenziale stehen.

...Wirtschaft entwickeln

Die wirtschaftliche Lage ist gekennzeichnet von hoher Arbeitslosigkeit, überdurchschnittlichem Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, zurückhaltenden Investitionen, unterdurchschnittlichem Wachstum, regionalen Ungleichgewichten und deutlichen Schwächen in der Innovationspolitik. Zudem bleibt die Herausforderung des sich abzeichnenden demographischen Wandels weitestgehend unberücksichtigt. Für den DGB ist klar, dass eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung von möglichst allen Menschen getragen sein muss. Die arbeitenden Menschen bringen ihre Innovationskraft, ihre Erfahrungen und ihre Leistungsfähigkeit ein. Hohe Beschäftigung, Innovationsdynamik und Gestaltungskraft in den Regionen muss das Ziel sein. Deshalb ist eine deutliche Änderung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Bund und Ländern nötig.

Unsere Forderungen

- In konjunkturell schwierigen Zeiten trägt die Haushaltspolitik der Bundesländer besondere Verantwortung. Die Länder müssen deshalb ihre Investitionspolitik antizyklisch ausrichten und ihre Investitionsquoten erhöhen.
- Der DGB fordert eine ausreichende und berechenbare finanzielle Ausstattung der Länder und der Kommunen. Dazu gehört auch ein eindeutiges Konnexitätsprinzip. Die Kosten der Aufgaben, die den Kommunen vom Bund oder Land auferlegt werden, müssen von den entsprechenden Ebenen bezahlt werden.
- Für die wirtschaftliche Entwicklung und die Spielräume der Handelnden ist von großer Bedeutung, dass die Finanzströme und Zuständigkeiten durch eine Föderalismusreform verbessert und damit praktikabler werden. Die Kommunen können nur durch eine gestärkte Finanzausstattung die längst überfälligen Investitionen tätigen.

- Endlich Schluss sein muss mit einer rein ideologisch begründeter Privatisierungswelle öffentlicher Dienstleistungen. Unser Sozialstaat gebietet eine öffentlich verantwortete Daseinsvorsorge.
- Zur Verbesserung der Wettbewerbsposition der Wirtschaft in unseren Bundesländern müssen drängende Infrastrukturprojekte wie der Jade Weser-Port schnell realisiert werden.
- Neue Beschäftigungsfelder müssen erschlossen werden. Aufgrund des demographischen Wandels wird die Kaufkraft von älteren Menschen in den Mittelpunkt rücken. Die „Seniorenwirtschaft“ wird an Bedeutung gewinnen. In unseren Bundesländern finden sich dafür im Bereich Tourismus, Mobilität, Ernährung und Gesundheit viele Potentiale. Angesichts der Problematik der fossilen Kraftstoffe in Bezug auf Preise, Verfügbarkeit und Klimagefährdung werden Biokraftstoffe ein Zukunftsmarkt. Dafür haben Niedersachsen und Sachsen-Anhalt Technik, Landbau und Abnehmer. Deshalb brauchen wir eine abgestimmte Strategie und gemeinsame Kraftanstrengungen.
- Insbesondere in der Chemie-, Mobilitäts-, Ernährungs-, Gesundheits- und Umweltwirtschaft müssen die industriellen Kernsektoren gestärkt, Netzwerke entwickelt und Zulieferketten etabliert werden.
- Eine runderneuerte Innovationspolitik ist nötig. Nur die Perspektive „Besser statt billiger“ bietet eine tragfähige Zukunft. Gerade die Innovationsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen müssen verbessert werden. Unsere Bundesländer brauchen abgestimmte Innovationsstrategien, die den Innovationstransfer, die Entwicklung und die Marktbegleitung umfassen.

- Innovation heißt nicht nur High-Tech, sondern auch Innovation bei den Produkten, beim Produktionsprozess, im alltäglichen Betriebsablauf und in der Arbeitsorganisation. Wenn diese Innovationsmöglichkeiten entfaltet werden, stärkt dies die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen deutlich.
- Regionale Schwerpunkte müssen identifiziert, in Netzwerken strukturiert und gestärkt werden. Dabei dürfen Grenzen zwischen Kommunen und Ländern keine Hindernisse bilden. In den Regionen können Stärken wachsen und Wachstumspotentiale freigesetzt werden.
- Die Beteiligung von Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften bei regionalen Entwicklungsprozessen ist unabdingbar, damit sie ihre Erfahrungen und Interessen einbringen können.
- Wir brauchen eine Strategie, die die Stärken der Regionen weiter entwickelt sowie Schwächen und Ungleichgewichte ausgleicht. Wirtschaftspolitik, Innovationspolitik und Strukturpolitik müssen deshalb in stimmigen und ressortübergreifenden Landesentwicklungskonzepten zusammengeführt werden, die durch eine aktive Beteiligung der Sozialpartner entwickelt werden.
- Die EU-Strukturförderung ist ab 2007 konsequent zur Steigerung der Leistungsfähigkeit und der Innovationskraft der Wirtschaft und zur Beschäftigungsförderung sowie zur Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen zu nutzen. Dazu bedarf es eines integrierten Konzeptes. Entsprechende Programme sind gemeinsam mit den Sozialpartnern zu entwickeln.

- Wir wollen die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Bereichen ausbauen. Im Zeitalter der globalisierten Wirtschaft brauchen wir mehr und nicht weniger Mitbestimmung. Sie ist Voraussetzung für eine demokratische Mitwirkung und nachhaltiges Wachstum. Nur durch eine aktive Beteiligung der Beschäftigten werden Entscheidungen tragfähig und Erfolge langfristig gesichert. Innovationen können besser auf den Weg gebracht werden. Die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung ist deshalb zu erhalten und auszubauen. Nur dann können Umstrukturierungen auch im Interesse von Beschäftigten durchgeführt werden.

...Wohlstand gerecht verteilen

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Reichtum von einzelnen Privatpersonen und Unternehmen ständig zunimmt, während immer mehr Menschen in Armut leben müssen. Die Chancen auf Beteiligung am gesellschaftlichen Leben sind extrem ungleich verteilt. Die öffentlichen Kassen sind leer, während das Gesamtvermögen der drei reichsten Deutschen 38,5 Milliarden Euro beträgt. Während die Lohnsteuerbelastung der Menschen von 1960 bis 2003 von 6,3 Prozent auf 18,8 Prozent stieg, sank die Gewinn- und Vermögenssteuerbelastung im gleichen Zeitraum von 20 Prozent auf 5,7 Prozent. Wir brauchen eine sozial gerechtere Verteilung der Steuerlast. Mehr Steuergerechtigkeit entsteht durch eine umfassende und gleichmäßige Besteuerung des gesamten Einkommens. Einkommen und Vermögen müssen entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit angemessen besteuert werden. Nur so können verteilungspolitische Verwerfungen abgemildert und der Staat handlungsfähig gemacht werden. Erhöhte Steuereinnahmen sind notwendig, um ausreichende Wachstumsimpulse zu geben.

Unsere Forderungen

- Die Landesregierungen in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt sollen jährlich einen Bericht zur Entwicklung der Armuts- und Reichtumsverhältnisse erstellen. Aus dieser Analyse müssen konkrete Handlungsschritte abgeleitet werden.
- Alle Einkommensarten, die durch erwerbswirtschaftliche Aktivitäten entstehen, sind grundsätzlich steuerpflichtig. Die 1997 abgeschaffte Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden. Eine Reform der Erbschaftssteuer muss Grund- und Immobilienvermögen realistisch nahe am aktuellen Marktwert belasten, allerdings mit Freibetragsregelung. Die Körperschaftssteuer muss erhöht werden.

Eine Börsenumsatzsteuer muss wieder eingeführt werden, denn es ist nicht nachvollziehbar, warum Einkünfte aus dieser Art von Einkommensquellen nicht zu versteuern sind. Anstrengungen sollten auch auf die Einführung einer Devisenspekulationssteuer gelegt werden. Das Ehegattensplitting muss sozial flankiert abgeschafft werden.

- Steuerschlupflöcher, die es ermöglichen, Geld am Staat vorbeizuschleusen, müssen geschlossen werden. Auch der verstärkte Einsatz von SteuerfahnderInnen und BetriebsprüferInnen verspricht höhere Steuereinnahmen.
- Über eine erweiterte Mitbestimmung müssen Entlassungen und Stellenabbau bei gleichzeitiger Erzielung von hohen Gewinnen verhindert werden können. Das Schließen profitabler Unternehmen oder Unternehmensteile muss vom Votum der betroffenen Belegschaften abhängig sein. Öffentliche Zuschüsse müssen von Unternehmen, die trotz öffentlicher Förderung Stellen abbauen, zurückgezahlt werden.
- Ein verantwortungsvolles Konsumverhalten muss gestärkt werden. Qualität und Nachhaltigkeit sind bei der Auswahl von Produkten und Dienstleistungen auf lange Sicht kostengünstiger als zu Hungerlöhnen hergestellte Billigware. Ein „Soziales Gütesiegel“ zur Kennzeichnung von Betrieben und Unternehmen, die sich ihrer sozialen Verantwortung stellen, erleichtert Konsumenten die Auswahl der Produkte.

...Einkommen garantieren!

Die bei weitem überwiegende Zahl der Menschen ist auf ein Arbeitseinkommen angewiesen. Immer mehr von ihnen haben aber kaum Chancen, einen Arbeitsplatz mit ausreichendem Einkommen zu bekommen. Selbst Menschen mit qualifizierter Ausbildung haben es zunehmend schwer, eine Beschäftigung zu finden. Die Behauptung, Langzeitarbeitslose seien unqualifiziert, ist nicht nur in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt falsch.

Aber auch wer Arbeit hat, kann oft mit seinem Einkommen nicht auskommen. Nach Aussagen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) beziehen rund 12 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten Armutslöhne. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen kommt es daher darauf an, denjenigen Menschen, die Arbeit haben, ein über dem Existenzminimum liegendes Einkommen zu garantieren. Schaffung und Erhaltung von Existenz sichernden Arbeitsplätzen durch Privatpersonen und Staat müssen in den Mittelpunkt aller Aktivitäten gerückt werden. Massenarbeitslosigkeit muss der Vergangenheit angehören.

Unsere Forderungen

- Landesregierungen und Kommunen müssen durch Investitionen in Bildung, Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung dazu beitragen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.
- Arbeitszeitverlängerungen bringen keine zusätzlichen Arbeitsplätze und müssen zurückgenommen werden. Kürzere Arbeitszeiten für alle sind ein notwendiger Weg, um Arbeitsplätze zu schaffen.
- Innovative Arbeitszeitmodelle auf der Basis geltender Tarifverträge müssen gefördert werden, da sie Beschäftigung sichern und schaffen.

- Das Fördern arbeitsloser Menschen muss im Mittelpunkt einer fortschrittlichen Arbeitsmarktpolitik stehen.
- Bei den so genannten Hartz-Gesetzen sind Korrekturen unter anderem bei der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, der Anrechnung von Vermögen von ALG II-EmpfängerInnen, bei der Zumutbarkeitsregelung und den Ein-Euro-Jobs dringend notwendig.
- Die Tarifautonomie muss als Garant einer gerechten Einkommenspolitik gesichert und ausgebaut werden. Unternehmen dürfen ihre Profite nicht allein durch Kostensenkung im Lohnbereich organisieren. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsbedingungen und Flächentarifverträge sind auch ein Beitrag gegen die massive Abwanderung junger und qualifizierter ArbeitnehmerInnen. Wichtig sind außerdem die Bekämpfung illegaler Beschäftigung und eine EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Ziellandsprinzip.
- Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss in Niedersachsen, Bremen und Sachsen-Anhalt an überzeugende Tariftreuegesetze geknüpft werden, um Wettbewerbsverzerrungen und Lohndumping zu verhindern.
- Einseitig verordnete Entgeltkürzungen im privaten und öffentlichen Bereich müssen zurückgenommen werden. Eine Steigerung der realen Einkommen stärkt die Kaufkraft und kurbelt die Binnennachfrage an.

- Der DGB wendet sich gegen die Versuche der Arbeitgeber und Politiker, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst allein als Kürzungsmöglichkeit zu begreifen und die Dumpingspirale bei den Löhnen, Gehältern und Arbeitsbedingungen weiter zu drehen. Für den Öffentlichen Dienst muss „Verhandeln statt Verordnen“ gelten.
- Arbeitsverhältnisse außerhalb tarifvertraglicher Regulierungen müssen über einen Mindestschutz, der auch einen gesetzlich garantierten Mindestlohn beinhalten kann, verfügen.
- Lohndumping bzw. Verarmungsprozessen ist auch durch eine Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes entgegenzuwirken.
- Kombilohnmodelle allein können in eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Gehältern führen. Mitnahmeeffekte und eine Subventionierung bereits bestehender Arbeitsplätze kosten Milliarden, ohne dass ein Zuwachs an Beschäftigung sicher ist. Deshalb hält der DGB eine zeitlich befristete Förderung über Lohnkostenzuschüsse für bestimmte Zielgruppen unter Einbeziehung eines Mindesteinkommens für sinnvoller.

...Beruf und Familie vereinbaren!

Für viele junge Frauen wird die Entscheidung für Kinder eine Entscheidung gegen den Beruf, da es kaum qualifizierte und bezahlbare Möglichkeiten gibt, in denen die Kinder während der Arbeitszeit der Eltern betreut und gefördert werden.

Immer mehr Arbeitsverhältnisse im Handel aber auch in der einfachen Fertigung unterliegen nicht mehr der Sozialversicherungspflicht. Davon sind viele Frauen betroffen und insbesondere Mütter, die nach der Geburt der Kinder befristet aus dem Arbeitsleben aussteigen. Die dreijährige Elternzeit erweist sich zunehmend als Falle.

In Deutschland sind nur zehn Prozent der Frauen in Führungspositionen, der EU-Durchschnitt liegt bei 14 Prozent, in den USA bei 46 Prozent. Zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in Betrieben, in denen weder Gleichstellungsvereinbarungen abgeschlossen sind noch freiwillige Maßnahmen durchgeführt werden.

Unsere Gesellschaft braucht gut ausgebildete Männer und Frauen. Damit beide Geschlechter berufstätig sein können, müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Beruf und Familie müssen für Männer und Frauen besser miteinander vereinbar sein.

Unsere Forderungen

- Statt der Zahlung des Bundeserziehungsgeldes muss Eltern ein einjähriges Elterngeld gewährt werden, damit sowohl Männer als auch Frauen kurzzeitig zur Betreuung der Kinder aus dem Beruf aussteigen können.

- Ein genereller Anspruch auf Teilzeitarbeit und auf Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung erleichtert es Männern und Frauen, Beruf und Familie zu vereinbaren.
- Eine ausreichende Lohnersatzleistung während der Zeit des Mutterschutzes ist sicherzustellen.
- Nach Ablauf der Mutterschutzfrist brauchen Kinder einen Rechtsanspruch auf einen qualifizierten Betreuungsplatz, der einen Anspruch auf eine Zehn-Stunden-Betreuung umfasst. Länder, Kommunen und Unternehmen sind aufgefordert, ein ausreichendes Krippenangebot oder entsprechende Möglichkeiten einzurichten.
- Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Personalauswahl, -beurteilung und -entwicklung muss sich in allen Betrieben an der Gleichstellung der Geschlechter orientieren. Die freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft hat das nicht geleistet. Die Unternehmen müssen stärker in die Verantwortung genommen werden.

... Sozialsysteme sichern!

Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung sind die tragenden Säulen unseres Sozialsystems. Aufgrund des demographischen Wandels, der Belastung durch versicherungsfremde Leistungen und Angriffe auf die paritätische Finanzierung sind sie brüchig geworden. Das ehrenamtliche Engagement in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ist wichtiger Teil unserer beteiligungs- und entscheidungsorientierten, wissensbasierten Kommunikationsgesellschaft. Obwohl dieses in der politischen Diskussion parteiübergreifend hochgehalten wird, finden in der Realität ein Abbau von Sozialversicherungsleistungen und eine Einschränkung der Selbstverwaltung etwa bei der Bundesagentur für Arbeit statt.

Unsere Forderungen

- Gesamtgesellschaftliche Aufgaben müssen über Steuermittel finanziert werden. So werden die Sozialsysteme entlastet.
- Die Finanzierungsgrundlage des Sozialstaats wird durch die Ausweitung von Mini- und Midi-Jobs sowie Ein-Euro-Jobs akut gefährdet. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse müssen stabilisiert und neu geschaffen werden. Mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kann die Gefahren des demographischen Wandels für die Sozialsysteme entschärfen. Die geringe Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen muss deutlich angehoben werden. Dazu brauchen wir altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen sowie aktive Gesundheitsprävention. Hier stehen die Unternehmen in der Pflicht. Die Landesregierungen sollen Modellvorhaben zur Ausgestaltung altersgerechter Arbeitsplätze und Arbeitsorganisation auflegen.

- Die Beibehaltung bzw. Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung ist in allen Versicherungszweigen unverzichtbar.
- Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft muss sich in einer erhöhten Verantwortung für die Mittelaufbringung zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme niederschlagen.
- Die Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages ist für keinen Versicherungszweig akzeptabel.
- Die gesetzliche Krankenversicherung ist zur „Bürgerversicherung“ auszubauen. Dabei soll die künstliche Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung aufgehoben und die private Krankenversicherung in die „Bürgerversicherung“ einbezogen werden.
- Analog soll auch bei der Pflegeversicherung verfahren werden.
- Um der Unterversorgung mit Ärzten und medizinischen Fachkräften zu begegnen, sollen die Länder Runde Tische in den entsprechenden Regionen initiieren. Dies bietet die Chance die Situation vor Ort frühzeitig zu analysieren und unterschiedliche Lösungsmodelle zu erproben.
- Zur frühzeitigen Bekämpfung von Krankheiten ist ein Präventionsgesetz voranzubringen.
- Nicht die gesetzliche Regelaltersgrenze ist zu erhöhen, sondern es muss dafür gesorgt werden, dass durch Verbesserungen der betrieblichen Arbeitsbedingungen und -chancen das faktische Renteneintrittsalter steigen kann.

- Die Rentenversicherung ist zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen. Als erster Schritt sind die Selbstständigen in den Versichertenkreis aufzunehmen.
- Die tarifliche und betriebliche Altersversorgung muss gestärkt werden.
- Bei möglichen weiteren Reformen der Gesetzlichen Krankenversicherung und bei den Rentenkassen müssen die Selbstverwaltungsstrukturen gestärkt werden.
- Die Selbstverwaltung im Rahmen der Bundesagentur für Arbeit muss wieder Einfluss auf die Mittelverwendung für arbeitsmarktpolitische Aktivitäten haben.
- Auch auf Ebene der Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit brauchen wir eine Selbstverwaltung.
- Im Bereich des Sozialgesetzbuches II, das die Handhabung des Arbeitslosengeld II regelt, sind Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen. Hilfsweise sind zumindest die jetzt auf freiwilliger Basis bestehenden Beiräte gesetzlich vorzuschreiben.

...Bildung als Zukunftsinvestition begreifen!

Bildung muss alle Menschen im umfassenden Sinne befähigen, sich zu qualifizieren und ihr Leben in einer demokratischen Gesellschaft selbstverantwortlich und solidarisch zu führen. Bildung ist die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie, in der sich alle Menschen mit Respekt begegnen. Wer an Bildung spart, stellt der Gesellschaft ein Bein, und zwar wirtschaftlich, sozial und kulturell.

Unsere Forderungen

- Kinder brauchen bis zu ihrer Einschulung nicht nur eine gute Betreuung, sondern auch eine kindgerechte Förderung. Sie benötigen eine Bildung, die ihre Selbständigkeit fördert anstatt zu belehren. Die Kinderbetreuung muss deshalb auf den Stand der Zeit gebracht, Kinder müssen angemessen gefördert werden.
- Der DGB setzt sich für angemessene und klar definierte Ausbildungsanforderungen der Betreuungskräfte ein, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Die Fachkräfte müssen eine Bezahlung erhalten, die ihrer Tätigkeit und Qualifikation angemessen ist.
- Wir brauchen für alle Kinder bis zum 6. Lebensjahr einheitliche Standards für den Förderbedarf, angemessene Gruppengrößen, eine gute räumliche und sachliche Ausstattung und eine Finanzierung, die den Anforderungen an frühkindliche Bildung Rechnung trägt.

- Der DGB fordert die Lernmittelfreiheit an den öffentlichen Schulen.
- Um gleiche Chancen auf Bildung zu gewährleisten und einen besseren sozialen Zusammenhalt zu schaffen, sollen Schulkinder mindestens 8 bis 10 Jahre gemeinsam in gemischten Gruppen lernen. Dadurch können die Talente der Einzelnen besser gefördert werden. Viele europäische Nachbarn praktizieren dies längst erfolgreich. Eine Auslese der Kinder am Ende der Grundschulzeit lehnen die Gewerkschaften ab.
- Der DGB fordert, dass die Anzahl der Ganztagschulen deutlich vergrößert wird. Dabei reicht es nicht, Halbtagschulen um ein Nachmittagangebot zu ergänzen. Notwendig sind pädagogisch umfassende Ganztagskonzepte.
- Wir setzen uns für eine Ausweitung von Integrierten Gesamtschulen ein, die zu einer „Schule für alle Kinder“ ausgebaut werden sollen. Sie sollen mit neuen Förderkonzepten, kleineren Klassen und ausreichend Lehrpersonal SchülerInnen individuell fördern, mehr Menschen möglichst hochwertige Abschlüsse ermöglichen und so dem Fachkräftemangel entgegenwirken.
- Allen SchülerInnen in der Sekundarstufe II sollte ermöglicht werden, im eigenen Lerntempo zum Abitur zu kommen. Der Zeitraum für den Erwerb des Abiturs sollte flexibel gehandhabt werden.

- Im Mittelpunkt des Hochschulbetriebes muss der Bildungsauftrag gegenüber den Studierenden stehen. Der Hochschulzugang muss erleichtert werden. Zwischen Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten muss es gleitende Übergänge geben. Das Erststudium muss gebührenfrei bleiben, denn Studiengebühren oder Verwaltungsbeiträge schließen Kinder aus ärmeren Haushalten von höherer Bildung aus.
- Die Hochschulen müssen als Arbeitgeber ihren Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen leisten.
- Erwachsenenbildung ist unverzichtbarer Teil des lebensbegleitenden Lernens. Der Gesetzgeber muss ein zusammenhängendes Erwachsenenbildungskonzept entwickeln, das schulische Bildung und Erwachsenenbildung verbindet.
- Der Bildungsurlaub für ArbeitnehmerInnen muss selbstverständlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens werden. Denn eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht breit qualifizierte, kreative, selbstbewusste, sozial engagierte und bildungsmotivierte Menschen.
- Die Förderung des Zweiten Bildungsweges ist sozial- und bildungspolitisch geboten.

...Ausbildung sichern!

Die Zahl der gemeldeten freien Ausbildungsstellen nimmt seit Jahren stetig ab – und das bei steigenden Bewerberzahlen. Bundesweit bilden nur 23% aller Betriebe aus. Der von Wirtschaft und Politik geschaffene Ausbildungspakt hat nicht zu einer nennenswerten Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation geführt und ist in seiner Zielsetzung gescheitert. Weiter führen die im Pakt für Ausbildung geschaffenen Einstiegsqualifizierungen (EQJ) in vielen Regionen und Betrieben zu einer Verdrängung der dualen Ausbildungsstellen.

Unsere Forderungen

- Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive. Angesichts von vielen Jugendlichen ohne Ausbildung wird die Herausforderung des demographischen Wandels nicht beherrschbar sein. Jeder Jugendliche muss seine zweite Chance bekommen. Wir müssen jeden Jugendlichen für die Zukunft fit machen.
- Um mehr Ausbildungsplätze anzubieten, muss die Verbundausbildung gefördert werden. Tarifliche Regelungen zur Steigerung des Ausbildungsplatzangebotes sollten vereinbart werden.
- Um Jugendliche differenziert zu fördern, ist der DGB für ein erweitertes und breites Betreuungs- und Ausbildungsangebot.
- Ein modernes Berufsbildungssystem muss die einzelnen Bildungsabschnitte und -strukturen durchlässig verknüpfen, um die Attraktivität der Berufsbildung zu stärken.
- Berufschultage sind Ausbildungstage. Deshalb fordern wir für Auszubildende über 18 Jahre die volle Anrechnung des Berufsschulunterrichts auf die Ausbildungszeit.

- Für Auszubildende sind die ausbildungsbegleitenden Hilfen auszubauen und offensiv anzubieten.
- Um die Qualität der Ausbildung zu verbessern, müssen Kompetenz- bzw. Qualitätsstandards für die duale Ausbildung eingeführt werden.
- Die Höhe der Ausbildungsvergütung muss den Auszubildenden ein Leben unabhängig von Dritten (Eltern) ermöglichen. Jugendliche, die flexibel und mobil einsetzbar sein sollen, brauchen deshalb eine angemessene Vergütung.
- Die Landesregierungen sollen sich für ein Umlagefinanzierungsmodell zur Schaffung von Ausbildungsplätzen einsetzen. Unverbindliche Absichtserklärungen der Unternehmen nützen Jugendlichen nichts.

...zusammen arbeiten, zusammen leben!

Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Trotzdem haben Jugendliche aus Migrationsfamilien im Vergleich zu Deutschen wesentlich häufiger schlechtere oder gar keine Schulabschlüsse. Eine abgeschlossene Schulbildung auf möglichst hohem Niveau ist aber Voraussetzung für die Integration in das Berufsleben. MigrantInnen sind überproportional benachteiligt beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Viele sprechen aber nicht nur mehrere Sprachen, sondern bewegen sich mühelos in verschiedenen Kulturen. Das könnten Betriebe als Potential nutzen. Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration von Migrantinnen und Migranten ist ihre gleichberechtigte Beteiligung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Unsere Forderungen

- MigrantInnen brauchen ein Aufenthaltsrecht, das einen sicheren und dauerhaften Aufenthalt ermöglicht.
- Die deutsche Staatsbürgerschaft sollte den hier lebenden MigrantInnen schnell und unkompliziert verliehen werden, um die Integration zu erleichtern.
- Langjährig geduldete Flüchtlinge und ihre Familien brauchen einen gesicherten Aufenthaltsstatus, um sie vor ungerechtfertigter Abschiebung zu schützen. In den Ländern müssen Härtefallkommissionen für von Abschiebung Bedrohte eingerichtet werden.
- Alle langjährig in Deutschland lebenden Nicht-EU-Staatsangehörigen sollten das aktive und passive Wahlrecht auf der kommunalen Ebene erhalten.

- Neben dem Abbau gesetzlicher und struktureller Diskriminierungstatbestände ist eine effektive Antidiskriminierungsgesetzgebung erforderlich.
- Wir brauchen in unseren Schulen Fördermaßnahmen für Kinder mit Migrationshintergrund als integrativen Bestandteil des Unterrichts.
- MigrantInnen müssen beim Übergang von der Schule in die duale Ausbildung gezielt gefördert, Jugendliche mit besonderen Problemen individuell betreut werden.
- In Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten müssen freien Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Sie müssen als eigene Zielgruppe bei der Erstellung von Arbeitsmarktprogrammen berücksichtigt werden. Im Ausland erworbene gleichwertige Qualifikationen müssen anerkannt werden.

... eine nachhaltige Zukunft sichern!

Die Vorstellung einer nachhaltigen Entwicklung scheint zunehmend zurückgedrängt zu werden, kurzfristige Einzelinteressen werden in den Vordergrund gerückt. Wir wollen die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten, eine nachhaltige Entwicklung einleiten, die Gefährdungen für Beschäftigte wie auch für Bürgerinnen und Bürger minimieren, Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Bereich weiter nach vorne bringen und unsere Energiewirtschaft Ressourcen schonend und Beschäftigung fördernd entwickeln.

Unsere Forderungen

- Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen angemessen an den Entscheidungen, die unsere ökologischen Lebensgrundlagen betreffen, beteiligt werden.
- Die Landesregierungen müssen sicherstellen, dass die geltenden Umwelt- und Sicherheitsgesetzgebungen eingehalten und ihre Einhaltung regelmäßig qualifiziert überprüft werden.
- Die Belange des Naturschutzes dürfen nicht einseitig wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.
- Durch die Weiterentwicklung eines guten und preiswerten ÖPNV-Angebotes muss ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Mobilität geleistet und die Teilhabe aller Gruppen am gesellschaftlichen Leben gesichert werden.
- Die Entwicklung des Wachstumfeldes nachwachsende Rohstoffe ist mehr als notwendig. So kann der Verbrauch fossiler Rohstoffe reduziert und Beschäftigung für unsere Regionen geschaffen werden.

- Die Weiterentwicklung der Windenergieindustrie sichert Arbeitsplätze und stärkt die Exportposition unserer Unternehmen.
- Durch die Steigerung der Energieeffizienz und den weiteren Ausbau der regenerativen Energien muss ein deutlicher Beitrag zur Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase und zur Verringerung der Importabhängigkeiten geleistet werden.
- Eine Überprüfung der Endlagermöglichkeiten von radioaktiven Abfällen muss Alternativen zum umstrittenen Salzstock in Gorleben und zum Schacht Konrad aufzeigen.

...ein soziales Europa entwickeln!

Die Europäische Union (EU) bietet Lebenschancen und garantiert Frieden. Allerdings wird versucht die EU zum einem marktradikalen Instrument umzubauen, das Wettbewerbsdruck nach unten entfaltet. Das Gebiet unseres DGB-Bezirks liegt mitten in der EU. Wir wollen, dass diese Region einen aktiven Part bei der Weiterentwicklung der EU spielt und dass sich die Beziehungen zu den europäischen Nachbarn positiv weiter entwickeln. Nur eine EU, in der sich unsere sozialstaatlichen Traditionen wieder finden, kann die globalisierte Ökonomie gestalten. Gerade durch ein Netzwerk von unten können die gemeinsamen Lebensinteressen gestaltet und ein aufgezwungener Wettbewerb überwunden werden.

Unsere Forderungen

- Die Landesregierungen müssen Initiativen auf den Weg bringen, die die EU weiter auf dem Weg zur sozialen Integration entwickeln und die Spirale des Wettbewerbs nach unten bei Steuern, sozialen Rechten und Löhnen stoppen. Es darf keine EU-Dienstleistungsrichtlinie mit Herkunftslandprinzip geben.
- Mit Gewerkschaften in den anderen EU-Ländern muss eine gemeinsame tarifpolitische Strategie entwickelt werden, um einen Lohnwettbewerb nach unten zu durchbrechen. Zudem ist ein Austausch über Möglichkeiten der gemeinsamen Interessensvertretung über Grenzen hinweg zu organisieren.
- Grenzüberschreitende Kooperationen sind weiter zu entwickeln, um die Mobilität und die Handlungsmöglichkeiten von ArbeitnehmerInnen zu stärken.

- Unternehmerisches Handeln macht vor nationalen Grenzen nicht halt. Immer häufiger vollziehen sich Umstrukturierungen mit Betroffenheiten in mehreren Staaten. Fusionen finden über Grenzen hinweg statt. Deshalb brauchen wir starke Europäische Betriebsräte (EBR). Der DGB setzt sich für eine Reform der EBR-Regelungen ein, damit die Einrichtungsanforderungen deutlich erweitert werden, die frühzeitigen Informationsrechte gestärkt, Konsultationspflichten verankert und Mitbestimmungsmöglichkeiten erweitert werden.
- Unsere Bundesländer sollen offen für Menschen aus anderen Ländern werden. Dazu gehört zum einen, dass gesetzliche Rahmenbedingungen wie das Entsendegesetz eingehalten werden, und zum anderen, dass jedwede Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe oder Religion bekämpft wird. Hier stehen die Landesregierungen in besonderer Verantwortung.